

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jan Heller

Debatten um ISAF-Mandatserweiterung

Die erneute Bitte von Interimsstaatschef Hamid Karzai, das Mandat der internationalen Friedenstruppe ISAF über Kabul hinaus zu erweitern, ist bei der UN-Vollversammlung in New York erneut auf taube Ohren gestoßen. In seiner Rede vor dem Gremium am 12. September sagte er, daß Abgeordnete aus verschiedenen Provinzen „dringend“ darum gebeten hätten, daß bei ihnen ISAF-Soldaten stationiert werden. „Sicherheit“ sei „die vorrangigste Forderung“ der afghanischen Bevölkerung, unterstrich er. Darin wurde er auch von UN-Generalsekretär Kofi Annan unterstützt, der sagte, „die endgültige Garantie für Sicherheit in Afghanistan“ komme „mit einer effizienten Nationalarmee und einer Polizeitruppe. Aber die Ausdehnung von ISAF würde auch entscheidende Fortschritte bringen“.

In der Abschluß-Erklärung nach der Tagung einer hochrangig besetzten *ad-hoc*-Arbeitsgruppe zu Afghanistan in New York wird der Wunsch Karzais oder eine Reaktion darauf dann auch nicht erwähnt. „Langfristige Stabilität und Sicherheit müssen von den Afghanen selbst gewährleistet werden“, heißt es dort lediglich. Neben Vertretern Afghanistans nahmen daran Kanada, China, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Indien, Italien, Japan, die Niederlande, Norwegen, Pakistan, Rußland, Saudi-Arabien, Tadjikistan, die Türkei, Turkmenistan, Großbritannien, die USA, Usbekistan sowie die Europäische Kommission teil.

Hintergrund ist, daß weder die USA noch andere Staaten bereit sind, die personellen und finanziellen Ressourcen bereitzustellen, die solch eine Stationierung erforderte. Zwar hat die Bush-Administration inzwischen ihre Ablehnung einer größeren ISAF-Präsenz aufgegeben, will dies aber den Verbündeten überlassen. Der deutsche Bundesverteidigungsminister Peter Struck sagte Anfang September bei

einem Truppenbesuch in Bielefeld jedoch, die Bundesrepublik werde ihr ISAF-Kontingent nicht aufstocken: „Mehr als das vorgesehene Mandat können wir nicht erfüllen“. Die Gefahr für die deutschen und anderen Soldaten seien zudem außerhalb der Hauptstadt „ungleich höher als in Kabul“ fügte er als Begründung hinzu. Auch die grüne Verteidigungsexpertin Angelika Beer sprach sich dagegen aus, weil zunächst „eine klare Analyse der Situation“ nötig sei.

Noch nachdrücklicher lehnten bisher London und Paris eine Beteiligung an einer ausgedehnten ISAF ab, ebenso die Niederlande. Außenminister Jaap de Hoop Scheffer sagte bei einem Treffen von EU-Außenministern mit ihrem US-Amtskollegen Powell in New York, eine geographische Ausweitung des ISAF-Mandats werde die Sicherheit nicht wesentlich erhöhen. Das reflektierte der EU-Sonderbeauftragte für Afghanistan, der Spanier Francesc Vendrell, der selbst eine ISAF-Erweiterung befürwortet. „Europäische Regierungen, mit denen ich gesprochen habe, finden es im Moment praktisch unmöglich, ISAF auszudehnen“, sagte er am 8. September vor der Presse in Kabul. Das Europaparlament forderte hingegen am 5. September in einer Entschließung eine Ausweitung des ISAF-Mandats über Kabul hinaus. Struck ging aber weiter davon aus, daß der UN-Sicherheitsrat das bisherige ISAF-Mandat über den 21. Dezember hinaus verlängern werde. Gegenwärtig hat die Bundeswehr - die rund 1.250 Soldaten in Afghanistan unterhält - die taktische Führung für die Multinationale Brigade in Kabul (KMNB) inne, d. h. die Koordination der Einsätze der internationalen Verbände und die Zusammenarbeit mit der afghanischen Polizei.

Afghanistans Finanzminister Aschraf Ghani hatte erklärte, 500 bis 1.000 zusätzliche Soldaten in den wichtigsten Städten

Afghanistans könnten einen „phantastischen Effekt“ haben. Einen Ausweg aus dem Dilemma könnte möglicherweise von den NATO-Verteidigungsministern kommen, die darüber bei einem informellen Treffen in Warschau am 24./25. September beraten wollen.

Hingegen scheint klar zu sein, daß im Dezember das im westfälischen Münster stationierte deutsch-niederländische Korps von der Türkei die ISAF-Führung übernehmen wird. Zwar gibt darüber noch keine politische Entscheidung, aber Struck bezeichnete das bereits als „denkbar“ und die Bundesregierung bestätigte am 11. September, daß darüber Gespräche auf Arbeitsebene zwischen Vertretern beider Staaten geführt würden.

Talibankämpfer haben sich reorganisiert

Die Taliban haben sich nach Recherchen der „Berliner Zeitung“ (Ausgabe vom 2. September) in vier Gruppen reorganisiert. „Ihr einstiger Führer Mullah Mohammed Omar soll sich mit einigen Getreuen in den Südpfvinzen Afghanistans verstecken“, heißt es in der Zeitung. „Der Ex-Militärchef von Kandahar, Mullah Osmani, steuert von der pakistanischen Stadt Quetta aus den größten Teil der noch aktiven Gotteskrieger. Amir Shah Muttaqi, einst Erziehungs- und Informationsminister, floh in den Iran und verbündete sich mit Gulbuddin Hekmatyar, der in den 80er-Jahren vom CIA unterstützt gegen die sowjetische Besatzung kämpfte und jetzt gegen die Regierung in Kabul operiert.“ Eine zweite Gruppe in Pakistan operiere nach anderen Quellen von Peshawar aus. Ihr stehe der frühere Taliban-Gouverneur von Jalalabad, Abdul Kabir, vor. Nach den Angaben der „Berliner Zeitung“ konzentrierte sich das US-Militär aber auf die Jagd nach Jalaluddin Haqqani.

Der einstige Talibanminister für Stammes- und Grenzfragen und seine Leute sollen für die meisten Attacken auf US-Truppen in Afghanistan verantwortlich sein. Außerdem soll Haqqani noch enge Verbindungen zu *Al Qaida* unterhalten." Dem Bericht zu Folge fließe inzwischen auch wieder Geld aus den Golfstaaten an die Taliban.

Ehemalige Taliban-Mitglieder, die sich selbst dem gemäßigten Flügel zurechnen, haben in Pakistan mit *Khadem ul-Forqan* (Diener des Koran) sogar eine eigene Partei gebildet - eine Wiedergründung einer der ersten islamistischen Gruppen in den 60er-Jahren - und sich sogar bemüht, Kandidaten für die *Emergency Loya Jirga* im Juni aufzustellen. Zu ihr gehören der ehemalige Bildungsminister Maulawi Arsala Rahmani, mehrere Vizeminister, darunter der für Kultur zuständige Abdurrahman Hotak, sowie der frühere Taliban-Verbindungsmann zu den UN in New York, Abdul Hakim Mujahid. Geführt wird die Gruppe von Ahmad Amin Mujaddedi.

Rabbani gegen „Verwestlichung“

„Multikulti“ ist unter den Ex-Mujaheddin offenbar nicht angesagt: Nun hat sich auch Ex-Präsident Burhanuddin Rabbani in den Chor jener eingereiht, die eine „Dominanz ausländischer Kulturen“ befürchten. „Afghanistan sollte kein Land ohne Grenzen sein und mit offenen Toren für jegliches Denken und jegliche Kultur, denn das war die Grundlage für vergangene Katastrophen und Einmischungen“, sagte er Anfang September der afghanischen Agentur *Hindukush News Agency*. Seine Bemerkungen kommen nur wenige Tage, nachdem im afghanischen Fernsehen der beliebte Donnerstag-abendliche Hindi-Film abgesetzt worden war (siehe gesonderter Beitrag in dieser Ausgabe). Rabbani unterstützte diese Entscheidung. Er wies Berichte zurück, in seiner Heimatprovinz Badakhshan sammelten sich Taliban-Gruppen und florieren der Opiumanbau. Zumindest der zweite Teil dieser Aussage entspricht nicht den Tatsachen.

In Kabul lebende Ausländer berichten, daß im ersten chinesischen Restaurant der Stadt, das der Bewegung *Jamiat-e Islami* gehört, deren Vorsitzender Rabbani ist, Dosenbier für 15 Dollar verkauft wird.

Das fällt offenbar nicht unter „Verwestlichung“.

Karzai-Attentäter war Talib

Der Mann, der am 5. September in Kandahar versucht hatte, Interimsstaatschef Karzai zu ermorden und dabei erschossen worden war, gehörte zu den Taliban. Die afghanische Polizei bestätigte Mitte September, daß der 22-jährige Abdul Rahman im November 2001 in Nord-Afghanistan in Gefangenschaft geraten war, als sich die dortigen Taliban-Truppen ergaben. Nach einer von Karzai verkündeten Amnestie war er im Mai frei gekommen. Darauf sei er in seine Heimatprovinz Helmand zurückgekehrt und sei zwei Wochen vor dem Anschlag in die Wachmannschaft des Kandaharer Gouverneurspalastes eingetreten. Dem Kandaharer Polizeichef zu Folge sei Rahman auch ein Neffe eines früheren Taliban-Kommandeurs, der derzeit in Guantanamo inhaftiert sei. Der Chef der Palastwache, der Rahman rekrutiert hatte, befindet sich mit weiteren 16 Verdächtigen in Haft.

Polizisten täuschten Anschlag vor

Als Fehlmeldung hat sich der Bericht über einen weiteren Bombenfund erwiesen, der nur wenige Tage nach einem tödlichen Anschlag in Kabul erneut Alarm ausgelöst hatte. Wie der Kabuler Polizeichef Bassir Salangi am 15. September mitteilte, hätten Polizisten den Sprengstoff selbst auf einem LKW versteckt. Sie hätten damit ihren Vorgesetzten erhöhte Aktivität vortäuschen wollen, um eine Gehaltserhöhung zu bekommen. In Kabul halten sich hartnäckig Gerüchte, nach denen mehrere kleinere, teilweise frühzeitig entdeckte Sprengsätze im August ebenfalls von Sicherheitskräften gelegt worden seien. Als Motiv wurde auch vermutet, daß damit die Sicherheitskräfte ihren Stellenwert und gleichzeitig die Taliban- und *Al Qaida*-Gefahr unterstreichen wollten. Bei den Anschlägen, darunter einer neben einer UN-Einrichtung, waren mehrere Menschen verletzt und - am 1. September nahe der ehemaligen sowjetischen Botschaft - einer getötet worden.

Green Berets nahe Iran

Auf der Suche nach *Al Qaida*-Terroristen haben die USA nun auch nahe der Grenze Afghanistans zu Iran Truppen stationiert. Bei der neuen „geheimen *US Special Forces-Mission*“ handele es sich nach einem Bericht des *Christian Science Monitor* um drei Dutzend Soldaten, die fünf Kilometer von der Grenze zum Iran entfernt Stellung bezogen haben. Irans Grenztruppen beantworteten den Schritt, in dem sie Personal aufgestockt und neue Stellungen angelegt haben. Präsident George Bush hatte Iran zur „Achse des Bösen“ gezählt und Teheran beschuldigt, *Al Qaida*-Mitgliedern Zuflucht zu gewähren. Laut afghanischen Quellen sollen sich darunter Bin-Laden-Vize Ayman al-Zawahiri sowie Führungsmitglied Abu Hafis al-Mauretani befinden, die von Anhängern der konservativen Fraktion in Teheran und von Revolutionswächtern beschützt würden. „Das ist ein Gebiet, in dem *Al Qaida* es geschafft hat, sich als Schmuggler getarnt Rückhalt zu verschaffen“, meint Aman Khan, amtierender Chef des militärischen Sicherheitsdienstes in Kabul. Durch die Provinzen Herat, Farah und Nimroz führen Drogenschmuggelrouten; die Schmugglerbanden sind oft schwer und modern bewaffnet. Allerdings ist nicht nur *Al Qaida*, sondern auch *Warlords* aller Seiten sowie paschtunische und belutschische Stämme in den Drogenhandel verwickelt. Nicht nur iranische Konservative glauben, daß ihr Land eines Tages militärisches Ziel Washingtons werden könne.

Neue Kämpfe

Kämpfe in der Nordprovinz Sarepul zwischen zwei lokalen Kommandeuren sind abgeflaut, nachdem ihre Befehlshaber in Mazar-e Sharif, Abdurrahman Dostam (*Jombesh*) und Muhammad Atta (*Jamiat*), eine gemeinsame 200 Mann starke Truppe zur Entwaffnung der Kämpfenden in die Unruheregion von Qala-ye Shahr westlich von Mazar entsandten. Dostams Sprecher Ayyub Saberi bezeichnete diese Einheit als „Friedenstruppe“. Er fügte hinzu, diese Kooperation solle nun auch auf die örtliche Ebene übertragen werden. Ob damit Mazar selbst gemeint ist, wo seit Jahresbeginn Spannungen herrschen und eine ähnliche geplante gemeinsame Polizeitruppe immer wieder blockiert wurde,

blieb offen. Der Konflikt zwischen Kommandeur Hassan (*Jombesh*) und Kommandeur Ibrahim (*Jamiat*) wurde als „alte Rivalität“ bezeichnet. Bei den Kämpfen in Sarepul wurden mindestens sechs Menschen getötet und mehr als ein Dutzend verletzt, als beide Seiten Raketen und schwere Artillerie einsetzten. Parallel kam es erneut zu Kämpfen in Chamtal (Provinz Balkh), dort starben drei Menschen.

Hilfsgelder: Zu wenig, zu spät

1,5 Milliarden US-Dollar hat die internationale Gemeinschaft seit dem Sturz der Taliban Afghanistan für humanitäre und Wiederaufbau-Zwecke bereitgestellt. Dies geht aus einer Statistik der UN-Afghanistan-Mission (UNAMA) hervor, die Anfang September veröffentlicht wurde. Sie reagiert damit auf weitverbreitete Kritik, bisher würden zugesagte Gelder zu langsam und in zu geringem Maße fließen. Den Angaben nach seien bisher 890 Millionen Dollar (49,4 Prozent) der von der Geberkonferenz in Tokio im für 2002 zugesagten 1,8 Milliarden „an Projekte durchführende Agenturen und afghanische Trustfonds“ überwiesen worden. Vor der Tokioter Konferenz waren bereits weitere 610 Millionen Dollar gezahlt worden. Von den Nach-Tokio-Zahlungen entfielen 29 Prozent auf Wiederaufbauhilfe (u. a. Bildung, Basisgesundheits, Flüchtlinge, IDPs und Entminung), 18 Prozent auf drei Trustfonds der afghanischen Administration (Budgethilfe), 44 Prozent auf humanitäre Zwecke und drei Prozent für afghanische Flüchtlinge außerhalb des Landes. Die internen Kosten, einschließlich Flüge, Daten- und Informationsdienste, betragen sechs Prozent. 112 der 890 Millionen Dollar flossen in das provisorische Budget der Administration, dessen Gesamtbedarf allerdings in diesem Finanzjahr (März 2002 bis März 2003) 460 Millionen US-Dollar beträgt.

Planungsminister Muhammad Mo-haqeeq sagte in einem BBC-Interview am 24. August, daß große Beträge der Wiederaufbau-Hilfe mißbraucht würden, weil „das System sich im Chaos“ befinde. Der einzige Weg dies zu stoppen, sei die Hilfe durch die „angemessenen“ Kanäle zu leiten, „unter Einbeziehung des Planungsministeriums“. Hintergrund dieser Kritik ist, daß auf afghanischer Seite mehrere

Ministerien um die Kontrolle über die Hilfsgelder, darunter das Finanz-, das Planungs- und das Wiederaufbauministerium konkurrieren.

Die US-Regierung hat mittlerweile Vorwürfe an die Adresse der EU zurückgenommen, von dort käme nicht genug Hilfe. Die EU-Mitgliedsländer haben Afghanistan im vergangenen Jahr zusammen 665 Millionen Euro (652 Millionen US-Dollar) bereitgestellt, die USA im gleichen Zeitraum 350 Millionen US-Dollar. Zwei Drittel der US-Hilfe waren Nahrungsmittel und andere humanitäre Hilfe, während die EU-Gelder vorwiegend dem Wiederaufbau zu Gute kamen. James Dobbins, bis Anfang des Jahres Bushs Afghanistan-Sonderbeauftragter, kritisierte die Administration in der *New York Times* (Ausgabe vom 12. September) dafür, daß sie den Kongreß „um nur 250 Millionen Dollar“ für zusätzliche Wiederaufbauhilfe ersucht habe. Das seien zehn Dollar pro Kopf der afghanischen Bevölkerung - „viel weniger“, als was für Kosovo, Haiti oder Bosnien gegeben worden sei. Schon zuvor hatte CARE Präsident Bush dafür kritisiert, daß bei einer Haushaltskürzung für *Emergency*-Hilfe in 2002 über 5,1 Milliarden US-Dollar auch 174 Millionen für Afghanistan dem Rotstrich zum Opfer gefallen seien.

1 : 1.000 - der neue Afghani kommt

Neue Afghani-Banknoten haben Interimsstaatschef Karzai und Zentralbank-Chef Anwar-ul-Haq Ahadi auf einer Pressekonzferenz am 4. September in Kabul vorgestellt. Ein neuer Afghani soll 1.000 Afghani wert sein. Die wertvollste Banknote ist dann ein 1.000-Afghani-Schein. Bisher war die Obergrenze eine 10.000-Afghani-Banknote mit einem Wert unterhalb eines Viertel-Euro. Andere Denominationen sind 1, 2, 10, 50, 100 und 500 Afghani. Die in Deutschland gedruckten Banknoten zeigen nationale Monumente wie die Große Moschee in Mazar-e Sharif. Die Währung soll ab 7. Oktober gültig sein, der Umtausch demnächst beginnen und zwei Monate dauern: an gut 70 Umtauschstellen landesweit - das sind im Durchschnitt eine für fünf bis sechs Distrikte. Zudem sollen bekannte Geldhändler Lizenzen erhalten, mit denen sie

ebenfalls alte gegen neue Banknoten tauschen dürfen. Auch der sogenannte *Jombeshi-Afghani*, in Nord-Afghanistan verwendet und nur halb so viel wert wie sein Kabuler Zwillings, soll angenommen werden. Gerüchte über den bevorstehenden Umtausch hatten den Afghani vorübergehend auf 54.000 für den US-Dollar absacken lassen.

Neues Investitionsgesetz

Interimsstaatschef Karzai hat am 25. August ein neues liberales Investitionsgesetz unterzeichnet, das mit sofortiger Wirkung in Kraft tritt. Dem Chefberater des Handelsministeriums, Rohullah Nawid, zu Folge benötigten ausländische Investoren keine inländischen Partner mehr. *Joint Ventures*, auch zwischen der öffentlichen Hand und privaten Firmen, würden gestattet. Auch die bisher gültige Hinterlegung von 50.000 US-Dollar an Sicherheiten entfiel.

Straßenbau-Projekte

Die USA, Japan und Saudi-Arabien haben zugesagt, die Ringstraße Kabul-Kandahar-Herat zu reparieren. Die Strecke ist - neben der Route Khyberpaß-Jalalabad-Kabul - die wichtigste Straßenverbindung des Landes. Waren vor dem Krieg nur die Zeit zwischen Sonnenauf- und -untergang für die 965 Kilometer nötig, um die Strecke zurückzulegen, braucht man heute mindestens zwei Tage dafür. In einem gemeinsamen, am 12. September in Washington veröffentlichten *Statement* kündigen Präsident Bush, Premier Koizumi und Außenminister al-Faisal an, die Arbeiten sollten noch vor dem Winter beginnen und binnen 36 Monaten abgeschlossen werden. Die USA stellen dafür 80 Millionen US-Dollar, Japan 50 Millionen - für die Strecke Kabul-Kandahar - und Saudi-Arabien ebenfalls 50 Millionen Dollar bereit. Sie laden andere Partner ein, sich an dem Projekt zu beteiligen.

Die Lage bezüglich der Strecke Kabul-Jalalabad ist weniger klar. Die EU hat dafür zwar Mittel bereitgestellt, aber zunächst soll ein schwedisches Team eine Evaluierung vornehmen. Aus Pakistan heißt es, die sei bereits mehrmals von pakistanischen Ingenieuren vorgenommen worden - während der Taliban-Zeit. Isla-

mabad ist bereit, diese Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen und sich an dem Projekt zu beteiligen. Unklar ist, wann dort die Arbeiten beginnen können.

Schließlich sind erste Instandsetzungsarbeiten an der Kabuler Nord-Süd-Verbindung bereits durchgeführt worden. Daran waren Rußland sowie französische NGOs beteiligt. Die Straße harrt aber noch einer Generalüberholung. Die Straße zwischen Herat und der iranischen Grenze wird derzeit bereits mit iranischer Hilfe ausgebaut.

Goethe-Institut und deutsche Archäologen wieder da

Erstmals seit mehr als 20 Jahren arbeiten deutsche Archäologen wieder in Afghanistan, meldete dpa am 11. September unter Berufung auf die UNESCO. Wissenschaftler des Deutschen Archäologischen Instituts erforschten in Kabul eine Parkanlage aus dem 16. Jahrhundert und entdeckten dort das alte Bewässerungssystem. Wie die Zentrale des Instituts in Berlin weiter mitteilte, standen die Forschungen im Zusammenhang mit der Rekonstruktion dieser während der Kriegshandlungen stark zerstörten Parkanlage Kabuls, die gegenwärtig mit Mitteln des Auswärtigen Amtes in Zusammenarbeit mit ICOMOS, dem *Agha Khan Trust for Culture*, und der UNESCO vorgenommen wird. Für dieses Jahr stehen für den Zweck den Angaben zufolge 500.000 Euro zur Verfügung. Parallel mit den Ausgrabungen sei ein Trainingsprogramm für afghanische Studenten und Wissenschaftler angelaufen, um diese mit neuen Methoden archäologischer Feldforschung und elektronischer Vermessung vertraut zu machen.

Nach zehn Jahren öffnet auch das Goethe-Institut wieder in Kabul, teilte die Zentrale am 17. September in München mit. Eine erste Mitarbeiterin sei bereits entsandt worden.

UNEP versucht Umweltbilanz

Das UN-Umweltprogramm (UNEP) will untersuchen, welche Schäden die afghanische Umwelt in den Kriegsjahren erlitten hat. Dafür wurden bereits fünf Teams entsandt, die aus insgesamt 20 afghanischen und ausländischen Wissenschaftlern bestehen. UNEP schätzt, daß Afghanistan seit 1979 30 Prozent seiner Wälder ein-

gebüßt hat; nur zwei Prozent des Territoriums seien noch bewaldet. Der Abschlußbericht soll im Dezember veröffentlicht werden. Währenddessen geht im Osten des Landes die Entwaldung durch illegalen Einschlag weiter. Um die Kontrolle darüber konkurrieren mehrere *Warlords* wie Hazrat Gul, der Sicherheitschef der Provinz Nangrahar, und Haji Abdul Zahir, der Sohn des ermordeten Vizepräsidenten Abdul Qadir.

Zurück-in-die-Schule-Kampagne erfolgreich

Drei Millionen Kinder besuchen in Afghanistan nach UNICEF-Angaben wieder die Schule, 30 Prozent davon Mädchen. Es habe einen regelrechten „Ansturm auf die Schulen“ gegeben, hieß es auf einer Pressekonferenz in Köln. Allerdings gefährdeten Geldmangel und die wachsende Unsicherheit in vielen Landesteilen den Wiederaufbau des Bildungssystems. Vor allem im Süden des Landes würden viele Mädchen nicht in die Schule gehen. In Kandahar machten Mädchen nur zehn Prozent aller Schüler aus. Um weiteren 750.000 Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen, fehlten in diesem Jahr zehn Millionen Euro, so UNICEF weiter. Die meisten Schulen in Afghanistan seien noch immer teilweise zerstört und verfügten nicht über Tische, Stühle, Wasser oder Toiletten. Die Rückkehr von Jungen und Mädchen in die Schulen sei die „wichtigste Antwort auf die Anarchie der vergangenen Jahre“, erklärte Reinhard Schlagintweit, Vorsitzender von UNICEF-Deutschland. Gemeinsam mit der afghanischen Übergangsadministration und Hilfsorganisationen hatte UNICEF Anfang des Jahres die Kampagne „Zurück in die Schule“ gestartet.

Nach Angaben von Bildungsminister Yunus Qanuni sind derzeit 4,5 Millionen Kinder schulpflichtig. Es fehle massiv an Lehrern und Schulgebäuden, sagte er auf einer Pressekonferenz am 27. August in Kabul. Für die nächsten 16 Monate würden 874 Millionen US-Dollar benötigt, allen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Mit dem Geld sollen 28.000 neue Lehrer eingestellt, 2.500 Schulen neu gebaut und 3.500 weitere repariert werden. Ein durchschnittliches Lehrgelohalt betrage umgerechnet 43 Dollar.

Hohe Müttersterblichkeit

Die höchste Müttersterblichkeit außerhalb Afrikas hat die Organisation *Physicians for Human Rights* (PHR) in der westafghanischen Provinz Herat gefunden. Die Rate beträgt 593 auf 100.000 Lebensgeburten, 92 Prozent davon in den Landgebieten. Das ist auch mehr als in allen Nachbarländern: Pakistan (200/100.000), Iran (60/100.000), Turkmenistan (65/100.000), China (60/100.000) und Tadjikistan (120/100.000). PHR ruft die internationale Gemeinschaft dringend auf, Gelder für den Gesundheitssektor des Landes bereit zu stellen. Von den 4.637 für die Studie befragten Müttern gaben nur 519 (elf Prozent) an, sie hätten vorgeburtliche Fürsorge genossen, nur bei 40 (0,9 Prozent) sei eine ausgebildete Geburtshilfe anwesend gewesen. In Herat funktionieren nur 17 der vorhandenen Gesundheitseinrichtungen, nur fünf von ihnen können Geburtshilfe anbieten. Auf die fast 800.000 Einwohner kommen 35 Ärzte.

Kabul will Landminen zerstören

Afghanistan hat als 127. Land das Anti-Minen-Abkommen von Ottawa ratifiziert und werde der Konvention zur Ächtung von Landminen im März als Vollmitglied beitreten. Das wurde vor der vierten Anti-Minen-Konferenz in Genf bekannt. Einem UN-Sprecher in Kabul zu Folge wolle die afghanische Regierung binnen vier Jahren alle Landminen-Vorräte im Land sprengen und in den nächsten zehn Jahren auch alle verlegten Minen zerstören. Laut IKRK sind in den 23 Kriegsjahren etwa 200.000 Afghanen durch Minen getötet oder verletzt worden. Laut UNO kommen immer noch 150 bis 300 Menschen im Monat hinzu. Seit 1989 sei erst knapp die Hälfte der verminten Flächen geräumt worden. Derzeit seien damit 6.000 afghanische Minensucher beschäftigt. Allein in diesem Jahr kostet die Operation 60 Millionen US-Dollar. Außerdem lagern laut UNO etwa 2.000 nicht detonierte US-Bomben auf afghanischem Boden.